

# Freitagzeitung

## für das reformierte Schweizervolk

### Vormals Reformierte Schweizer Zeitung

Zürich, 4. Nov. 1938

Abonnementspreise:

Schweiz:	
vierteljährlich	Fr. 2.30
halbjährlich	" 4.30
jährlich	" 8.—

Ausland:  
 Kontinent (ausg. Bal-  
 kan, Polen, Spanien):  
 Poststellung beim Postamt,  
 was über Preis Aus-  
 kunft gibt.

Frei der Administration	
in Zürich bestellt:	
halbjährlich	Fr. 5.—
jährlich	" 10.—

Einzelnummer 20 Rp.

Adresse für Redaktion: Pfr. H. von der Crone, Zumikon. — Administration, Abonnements und Inseratenannahme: Brieffach Zürich-Riesbach. — Telephon: 45.192.  
 Postcheckkonto Administration VIII 11 471; Liebesgabenvermittlung: VIII 6138. — Druck: Reutemann & Co., Zürich 8.

Inseratenpreise:

Die einpaltige Milime-  
terzeile od. deren Raum:  
Schweiz Fr.—15. Bei  
Wiederholungen u. grö-  
ßeren Aufträgen Rabatt.

Kleine Anzeigen:

(Stellengesuche, offene  
Stellen, zu verkaufen, zu  
vermieten, Kaufgesuche,  
Mietgesuche): 9 Rp.

Inseratenannahme:

durch die Administra-  
tion in Zürich, sowie  
durch die Annoncen-  
Agenturen des In- und  
Auslandes.

Inhalt: Zum Reformationsfest. — Politische Rundschau. — Ant-  
wort von Prof. Dr. theol. Karl Barth. — Kirchliche Rund-  
schau. — Feuilleton: Die göttliche Vorherbestimmung und  
die Ermählung der Heiligen.

### Zum Reformationsfest.

Ziehet den neuen Menschen an, der nach Gott geschaffen  
ist in wahrhafter Gerechtigkeit und Heiligkeit. Eph. 4, 24.

Zur Zeit der Reformation suchten Tausende die Erneuerung  
ihres Lebens auf Grund eines Idealbildes, das sie sich nach alten  
Vorbildern griechischer und römischer Weisheit formten.

Die Reformatoren erkannten die tiefste Quelle der Erneuerung:  
die Erweckung des neuen Menschen in uns, der nach Gottes Bild  
geschaffen ist.

Im Innersten des Menschenherzens erweckt Christus sein Bild.  
Mit der Urkraft der Schöpfung wirkt der Erlöser in der Wüste und  
leere des menschlichen Abfalls neues Leben, das zu Gott hin-  
drängt. Dieses Leben besteht in der fortwährenden Glaubensver-  
bindung mit Christus, dem Gottes- und Menschensohn. Diese Ver-  
bindung besteht in fortwährendem Empfang seiner rechtfertigenden  
und heiligenden Gnade.

Von hier aus allein strömen die Kräfte zur Erneuerung der  
Kirche und des ganzen Volkes.  
R. Gr.

### Politische Rundschau.

\*\*\* Ende der letzten Woche hat im radikalen

Parteitag von Marseille

Daladier mit den französischen Kommunisten gründlich abgerechnet.

„Durch ihren Starrsinn und ihre Gewaltmethoden lähmen  
die Kommunisten mein Vorgehen.“

hielt ihnen vor, daß sie die Bierzigstundenwoche dazu miß-  
braucht hätten, die Arbeitsgemeinschaft des französischen Volkes zu  
zerlegen und seine Arbeitskraft zu vermindern und daß sie vor-  
zuziehen die Außenpolitik, die er mit Bonnet führte, beständig hätten

inbrünstig Zwietracht heraufbeschwören, erklärte Daladier: Beide  
Völker müßten trotz dem Unterschied der politischen Gestaltung  
ihrer Länder mit der gleichen Kraft nach einer loyalen Verständi-  
gung trachten, mit der sie sich auf den Schlachtfeldern gemessen  
haben. Damit boten Daladier wie auch Bonnet ein kräftiges Heil-  
mittel gegen den Weitschmerz der Ideologien; sie forderten:

Statt Heße gegen Deutschland Verständigung mit Deutschland.  
Statt dem zerstörenden Haß die Kraft, Spannungen zu ertragen  
und Frieden zu schließen. Statt dem Giftnebel einer verlogenen  
kollektiven Sicherheit Verständigung von Mann zu Mann. Daladier  
ging weiter. Er wies Frankreich auf die Riesenaufgabe hin, die  
ihm mit der Erhaltung des

### französischen Weltreiches

gegeben ist. Frankreich ist die zweitgrößte Kolonialmacht der Welt.  
Es sei besser, dieses unermessliche Arbeitsfeld zu beackern, als die  
Rolle des Polizisten in Europa zu spielen.

Dann deutete er zwischen den Zeilen auf die von der Volksfront  
ausgeübte Werbetätigkeit der Kommunisten in den Kolonien hin,  
durch welche die Eingeborenen gegen die französische Herrschaft auf-  
gewiegelt werden. Wie Chamberlain und seine Freunde in Eng-  
land sich für die Wahrung der überseeischen Besitzungen Englands  
einsetzen und zu diesem Zwecke eine Verständigung mit Deutschland  
wünschen, so hat Daladier für den Neuaufbau der französischen  
Kolonialmacht gesprochen. Die englische und französische Politik  
stimmt heute genau so überein, wie sie zur Zeit Blums und Edens  
übereingestimmt hat. Nur ist sie heute, wenn Europa noch weiter-  
hin die Regierung dieser aufbauenden Staatsmänner erhalten  
bleibt, auf die Erhaltung der französisch-englischen Kolonialherr-  
schaft statt auf die Zaubervorstellungen der Sterndeuter von Genf  
gerichtet.

Wie ernst es beiden Regierungen damit ist, zeigt die gründliche  
Säuberung, die vor ein paar Tagen in Genf vorgenommen wurde,  
wo der Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, 25 moskowit-  
tische Sekretäre, die gegen ihn eine kleine Verschwörung anzettel-  
ten, mit dem Einverständnis seiner Regierung an die frische Luft  
gesetzt hat. Diese Sekretäre hatten unter Anführung einiger West-  
asiaten, unter ihnen Dr. Rajchmann und Direktor Hoden, sich für  
das vom schweizerischen Bundesrat verbotene „Journal des Na-  
tions“ eingeleitet und gegen die Regierungen von Paris und Rom

Diese Gestalten werden nun in Frankreich der Reihe nach wie  
nach einer Maskenparade in ihrem wahren Gesicht vorgezeigt.  
Dann dröhnen aus den Kreisen der wissenden Franzosen bedroh-  
liche Rufe nach der Justiz. Es fängt an zu tagen.

Etwas ähnliches geht

### in der Tschechoslowakei

vor. Die sozialistische Partei, der Beneš angehörte und die ihre  
Politik der französischen Volksfront gleichgeschaltet hatte, löste sich  
selber auf. Die Gottlosenverbände, die einen Siebentel der ganzen  
Bevölkerung unter dem Einfluß Moskaus aus den Kirchen gezogen  
hatten, müssen ihre Werbetätigkeit einstellen. Die kommunistischen  
und die mit Moskau in Verbindung stehenden Emigranten-Zeitun-  
gen haben zu erscheinen aufgehört. Die Luft wird reiner.

Das Land rüstet sich zum inneren Aufbau. Wenn es endgültig  
von dem zermürbenden Streit der verschiedenen Volksstämme und  
von dem Wahn, Weltpolitik treiben zu müssen, entgittert ist, wird  
es gewiß Europa neue Kulturwerte schenken können. Freilich emp-  
finden es die Tschechen noch lange als ein tiefes Unrecht, daß die  
vier Staatsmänner in München ohne ihr Beisein verhandelt und  
entschieden haben. Auch über die Art der Grenzvereinigung herrscht  
mit Recht im Volke eine tiefe Enttäuschung. Gewiß sind die deutsche  
Sprachinsel mitten im Lande, Tsglau, und auch die Stadt Brünn,  
der Tschechoslowakei verblieben. Andererseits sind eine Reihe ur-  
alter fernöstlicher kleinerer Städte, wie z. B. Policka in Mähren,  
unter deutsche Herrschaft gekommen. Ein Bevölkerungsaustausch  
kann auch hier manche Spannungen lindern.

Die Frage von Karpatho-Rußland ist gestern in Wien durch  
ein deutsch-italienisches Schiedsgericht entschieden worden. Bezeich-  
nend ist, daß weder Frankreich noch England, von Rußland gar  
nicht zu reden, über diese Frage mitberieten. Die Tschechen sind  
darüber von Herzen froh. Käme es auf eine internationale Kon-  
ferenz alten Stils an, so würde Karpatho-Rußland zwischen Polen  
und Ungarn aufgeteilt, wie es französische Blätter aller Richtungen  
gefordert haben, damit Polen und Ungarn Deutschland den Weg  
nach Osten verzerren könnten. Deutschland vertrat dagegen — bei-  
leibe nicht aus reiner Liebe zu den Karpatho-Russen — ihr Recht  
zur Selbstbestimmung und zur Freiheit und hat jetzt aus machtpo-  
litischen Gründen, zum großen Verdruß mancher großen Demo-  
kraten, deren feierliches Versprechen (Grundfrage durchgeführt mar-

Syrien werden nämlich die arabischen Freiheitskämpfer mit Waffen ausgerüstet, von wo sie dann mit Umgehung des Stacheldrahtzaunes, den England gegen Syrien errichtet hat, durch Transjordanien ins Land eindringen. Die arabischen Fürsten von Bagdad, Riad und Amman verlangen in enger Verbindung mit Kairo und der muslimanischen Bewegung in Indien immer entschiedener, daß England endlich seine Fide halte und Palästina den Arabern zurückgebe, während die Juden mit gleichem Recht die Heilighaltung der Verträge für sich in Anspruch nehmen.

Die Leidtragenden sind die arabischen Christen in den Dörfern, die massenweise vor den Arabern flüchten müssen. Das syrische Waisenhaus in Jerusalem wird von großen Scharen heimatloser Flüchtlingskinder um Hilfe angerufen, muß aber die Bittenden aus Mangel an Mitteln abweisen.

England versucht jetzt, Emir Abdullah von Transjordanien erneut für die Teilung Palästinas zu gewinnen und hofft, daß Frankreich Syrien mit der Türkei und Transjordanien teilen werde, wogegen sich freilich die neue französische Kolonialpolitik zur Wehr setzt.

Wahrscheinlich hat Japan seinen verwegenen Handstreich auf Kanton nicht zuletzt darum wagen können, weil Stalin Marschall Blücher als Gefangenen nach Moskau kommen ließ. Der große Marzist im Kreml vergißt keinen, er nimmt einen nach dem andern an die Reihe.

Jetzt verhandeln die Japaner mit England, zum Teil auch durch deutsche Vermittlung über eine Absetzung des hochherzigen Generals Tschiang Kai Scheks. Japan hat erklärt, nach dem Rücktritt dieses Mannes zum Frieden mit China bereit zu sein. Unzweifelhaft würde es dann gehen, wie es mit Deutschland ergangen ist, als die Entente dem deutschen Volke vorpiegelte, wenn der Kaiser gegangen sei, werde man mit der neuerstandenen deutschen Demokratie fein säuberlich verfahren.

In seinen Beziehungen zu Japan ladet Europa einen Fluch nach dem andern auf sich. Zuerst hat England Japan großgezogen und gegen Deutschland angekehrt. Jetzt unterstützen Deutschland und Italien Japan gegen England. Unterdessen wird in den japanischen Schulen gelehrt, daß in diesem Jahrhundert wieder der Sturm aus Asien über Europa hereinbrechen werde, weil die Götter beschliffen hätten, jeweils nach 800 Jahren — wie im trojanischen Krieg, im Perserkrieg, im Hunnensturm und zuletzt im Ansturm Dschingis-Khans — Europa durch die Asiaten zu züchtigen.

## Antwort von Prof. Dr. theol. Karl Barth.

Auf die in der letzten Nummer unseres Blattes an Prof. Karl Barth gestellte offene Anfrage hat Prof. Barth unterm 28. Oktober geschrieben, daß ihm eine öffentliche Diskussion mit uns nicht möglich sei. Er legte uns aber die Abschriften von zwei Briefen bei, die sich mit den von uns gestellten Fragen befassen, und ermächtigte uns, diese Briefe nach Gutdünken zu verwenden.

Um Herrn Prof. Karl Barth möglichste Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und ihn vor Mißverständnissen zu schützen, bringen wir sowohl den an Prof. Hromadka in Prag gerichteten Brief (I), als auch die Erläuterung, die er an einen holländischen Pfarrer gerichtet hat (II), vollinhaltlich zum Abdruck. Außerdem veröffentlichen wir mit Auslassungen von einigen, die Sache nicht unmittelbar berührenden privaten Bemerkungen den anderen Brief (III), worin Prof. Barth sich über die Frage: „Kirche und Pazifismus“ auspricht.

I.

schwereren Zukunft an das Wort Gottes als an den alleinigen Trost im Leben und Sterben zu erinnern und wieder zu erinnern. Die deutschen Bataillone mögen stärker sein, aber ich wüßte nicht, wie und woher sie diese Zuversicht, die zuletzt allein wichtige und haltbare, haben sollten.

Wie mag sich alles gestaltet haben, wenn dieser Brief in Ihren Händen ist?! Versäumen Sie es nicht, allen meinen dortigen Freunden zu sagen, daß ich mit ganzem Herzen mit Ihnen bin. Jeder Gruß und jedes Wort, das Sie mir noch schreiben können, wird mir wichtig und wertvoll sein.

Heute mehr als je Ihnen verbunden Ihr

gez.: Karl Barth."

### II.

„Ich will es in Beantwortung der mir gestellten Frage versuchen, die Ueberlegungen, die hinter dem gesperrt gedruckten Satz standen und noch stehen, kurz darzustellen.

Es ging in der heute verlorenen Sache der Tschechoslowakei gegen das hitlerische Deutschland nicht nur um die Regelung einer territorialen und völkischen Frage. Daß eine solche Frage im Sudetengebiet gestellt und zu beantworten war, ist nicht zu bestreiten. Es scheint, daß der Versailler Vertrag dort unerträgliche Verhältnisse geschaffen hat. Und es scheint, daß die tschechoslowakische Regierung die Wege bisher nicht gefunden hatte, diese zu beseitigen. Eine Beantwortung der damit gestellten Frage hatte aber mit folgenden Voraussetzungen zu rechnen:

1. Den vielleicht vorliegenden Uebelständen mußte auf alle Fälle durch die Aufrichtung von Recht, d. h. auf dem Wege einer internationalen Verhandlung und Entscheidung unter Mitsprache und Anhörung aller Beteiligten abgeholfen werden. Indem an Stelle dessen der Tschechoslowakei gegenüber der Weg des einseitigen Diktats unter übermächtiger Gewaltsandrohung eingeschlagen wurde, entstand für diesen Staat zunächst die Pflicht der Selbstbehauptung und also der militärischen Verteidigung seiner bisherigen Grenzen. Er hatte mit solcher Selbstbehauptung rebus sic stantibus eine Frage der politischen Ordnung in Europa zu beantworten.

2. Den vielleicht vorliegenden Uebelständen durfte unter keinen Umständen durch das bestimmt größere Uebel abgeholfen werden, die Tschechoslowakei als die einzige östliche Vormacht demokratischer Politik praktisch hilflos zu machen, vier Millionen weiterer europäischer Menschen dem Diktatorssystem (seiner Geheimtätigkeit, seiner barbarischen Justiz, seiner gleichgeschalteten Presse, seinem Antisemitismus, seinem Kirchenkampf, seinem Mythos usw.) auszuliefern und damit diesem System neues Prestige und neue Kraft zuzuführen. Die Tschechoslowakei hatte auch unter diesem Gesichtspunkt die Pflicht zur Selbstbehauptung und also zur militärischen Verteidigung. Und sie hatte mit solcher Selbstbehauptung rebus sic stantibus eine Frage der politischen Freiheit in Europa zu beantworten.

Die Kirche Jesu Christi kann der Frage der politischen Ordnung und Freiheit in Europa nicht gleichgültig gegenüberstehen. Sie verkündigt den Totalitätsanspruch des Wortes Gottes. Sie kann diesen Anspruch im Bereiche der Diktaturen nur entweder fallen lassen und damit vor Gott und der Welt der Lächerlichkeit verfallen oder ihn aufrecht erhalten und damit die Ausrottung durch die Diktatur auf sich ziehen. Muß sie bereit sein, sich durch vollendete Tatsachen vor dieses Dilemma stellen zu lassen, so kann sie doch eine Politik, die sie vor dieses Dilemma stellt, nicht von sich aus bejahen, gutheißen und wollen. Die Kirche kann die Diktatur erkeiden müssen. Der politische Raum, den sie allein heiligen, aufheben und wollen kann ist

kommt; sie kann es aber nicht wollen, daß es so kommt. Sie muß um des Evangeliums willen den rechten Staat und also den rechten Frieden wollen.

Um des rechten Friedens willen darf die Kirche dem Staat nicht wehren, das Schwert zu führen. Und wieder um des rechten Friedens willen darf sie nicht von ihm verlangen, daß er das Schwert „umsonst führe“ (Römer 13, 4). Wenn der Staat den Frieden nicht mehr anders schützen kann, dann muß er ihn mit dem Schwert schützen. Die Kirche wird darum beten und dafür arbeiten, daß das nicht nötig werde. Sie wird sich aber die Augen nicht verschließen vor der eintretenden Notwendigkeit — es kann sogar sein, daß sie diese früher sehen muß als der Staat selber!! — und sie wird dann ihren Gliedern sagen, daß sie dem Kaiser geben sollen, was des Kaisers ist.

Die Diktatur ist das ausgesprochene Regiment der bewußten und planvollen Ungerechtigkeit und Unfreiheit. Die Diktatur ist als solche die Bedrohung des rechten Friedens. Im Zeitalter der Diktaturen muß die Kirche in allen noch nicht von ihnen beherrschten Ländern mit dem Willen zum rechten Frieden auch die Bereitschaft zu dessen Verteidigung gutheißen und fordern. Sie hat um des Evangeliums willen und durch die Verkündigung des Evangeliums den demokratischen Staat aufzurufen, um jeden Preis, auch um den von Not und Untergang, für den Staat zu sein, das heißt: den Diktaturen an seinen Grenzen mit allen Mitteln Halt zu gebieten. Und sie hat ihren Gliedern um des Evangeliums willen und durch die Verkündigung des Evangeliums zu sagen, daß es etwas gibt, das schlimmer ist als Sterben und als Töten: das freiwillige Ja-sagen zu der Schande der Herrschaft des Antichrist...

gez. Karl Barth."

### Unser Standpunkt.

Wir stellen fest: Prof. Dr. Karl Barth erklärt in seinen erläuternden Bemerkungen, daß die Kirche als Kirche nur „geistlich streiten und leiden kann“, daß sie das Gebot Gottes mit keinem Prinzip, mit keinem „-ismus“ identifizieren kann, ferner „um des rechten Friedens willen nicht vom Staat verlangen darf, daß er das Schwert umsonst führe (Römer 13, 1)“.

Wir würden zwar hier für das Wort Staat, das nirgends in der Bibel vorkommt, lieber den Ausdruck Obrigkeit setzen. Aber trotz dieser mehr begrifflichen Verschiedenheit stehen diese Ausführungen mit unseren Darlegungen in der letzten Nummer des Blattes nicht im Widerspruch, welche wie folgt lauteten:

„Wir geben zu, daß man mit Waffen im Auftrag der von Gott verordneten Obrigkeit für sein Vaterland oder auch für den Protestantismus oder den Katholizismus kämpfen kann... aber wir glauben nicht, daß mit Waffengewalt für die Kirche Jesu Christi gekämpft werden könne. Wir glauben auf Grund der heiligen Schrift, daß der Gehorsam, den ein Bürger als Soldat seiner Obrigkeit entgegenbringt, wohl im Glauben an den Herrn der Kirche geschehen kann, der uns in seinem Worte befiehlt, der Obrigkeit uniertan zu sein, daß aber die Waffenpflicht, auch wenn sie der gerechten Verteidigung des Vaterlandes gilt, nicht als ein Dienst für die Kirche Christi bezeichnet werden darf...“

Soweit finden wir uns auf Grund der reformierten Lehre auf gemeinsamem Boden. Die Verschiedenheit beginnt aber nun dort, wo es sich um die

Auslegung der aus der heiligen Schrift entnommenen Grundsätze

worin Prof. Barth sich über die Frage: „Kirche und Pazifismus“ ausspricht.

### I.

„Oberrieden, 19. September 1938.

Lieber Herr Kollege Hromadka!

... Der Anlaß soll benützt sein, um Ihnen zu sagen, mit welcher aufrichtigen Teilnahme wir in diesen ganzen Wochen an Sie, an Ihr Volk und Land gedacht haben und in diesen letzten Tagen ganz besonders denken. Wenn Sie jetzt dort sicher Tag und Nacht nur noch an Eines denken können, so dürfen Sie jedenfalls von mir sicher sein, daß ich in Gedanken ununterbrochen mit Ihnen vor derselben Frage stehe. Das eigentlich Furchtbare ist ja nicht der Strom von Lüge und Brutalität, der von dem hitlerischen Deutschland ausgeht, sondern die Möglichkeit, daß in England, Frankreich, Amerika — auch bei uns in der Schweiz — vergessen werden könnte: mit der Freiheit Ihres Volkes steht und fällt heute nach menschlichem Ermessen die von Europa, und vielleicht nicht nur von Europa. Ist denn die ganze Welt unter den Bann des bösen Blickes der Riesenschlange geraten? Und muß sich der Pazifismus der Nachkriegszeit — wie mögen die tschechischen Freunde von Ragaž jetzt über diese Sache denken? — nun wirklich in einer so schrecklichen Lähmung aller und jeder Entschlußkraft auswirken? Noch — ich schreibe dies am Montag um die Mittagszeit — scheint das Schlimmste: die Zustimmung der Westmächte zu den unsinnigen Forderungen Deutschlands, nicht ausgesprochen zu sein. Aber wenn sie nun doch ausgesprochen wird? Wird Ihre Regierung und Ihr Volk dann dennoch und erst recht fest bleiben? Es steht mir vor Augen, was für eine unendliche Last und Not Sie damit auf sich ziehen würden. Dennoch wage ich es zu hoffen, daß die Söhne der alten Hussiten dem überweich gewordenen Europa dann zeigen werden, daß es auch heute noch Männer gibt. Jeder tschechische Soldat, der dann streitet und leidet, wird es auch für uns — und, ich sage es heute ohne Vorbehalt: er wird es auch für die Kirche Jesu Christi tun, die in dem Dunstkreis der Hitler und Mussolini nur entweder der Lächerlichkeit oder der Ausrottung verfallen kann. Merkwürdige Zeiten, lieber Herr Kollege, in denen man bei gefunden Sinnen unmöglich etwas anderes sagen kann, als daß es um des Glaubens willen geboten ist, die Furcht vor der Gewalt und die Liebe zum Frieden entschlossen an die zweite und die Furcht vor dem Unrecht, die Liebe zur Freiheit ebenso entschlossen an die erste Stelle zu rücken! Ich kann die Erwartung noch nicht unterdrücken, daß, wenn Prag fest bleibt, London und Paris vielleicht wieder fest werden. An die Möglichkeit russischer Hilfe denkt man ja nicht gerne, weil sie, selbst wenn sie wirksam werden sollte, die Austreibung des Teufels durch Beelzebub bedeuten würde. Aber was wissen wir zuletzt von den Plänen und Absichten der Vorsehung Gottes, die sich in dem Allem vollziehen mögen? Sicher ist nur Eines: daß, was von menschlicher Seite an Widerstand möglich ist, heute an den Grenzen der Tschechoslowakei geleistet werden muß und daß das gute Gewissen, mit dem man ihn leisten wird — und mit ihm der letzte Erfolg! — davon abhängt, daß möglichst viele ihr Vertrauen nicht auf Menschen, Staatsmänner, Geschütze und Flugzeuge, sondern auf den lebendigen Gott und Vater Jesu Christi setzen. Es wird nicht zuletzt auch dies Ihre Sorge sein: Ihr Volk in dieser schweren Gegenwart und vor einer vielleicht noch

nicht von sich aus bejahen, gutheißen und wollen. Die Kirche kann die Diktatur erleiden müssen. Der politische Raum, den sie allein bejahen, gutheißen und wollen kann, ist aber der der Ordnung und der Freiheit.

Ist die politische Ordnung und Freiheit bedroht, dann trifft diese Bedrohung indirekt auch die Kirche. Und schreitet ein rechter Staat zu deren Verteidigung, dann ist an dieser Verteidigung indirekt auch die Kirche beteiligt. Sie würde ihre eigene Verkündigung nicht ernst nehmen, wenn sie hier gleichgültig bleiben könnte. Sie kann als Kirche nur geistlich streiten und leiden und sie wird damit indirekt das Wichtigste und Entscheidende tun, was in einem die Ordnung und das Recht verteidigenden Staate für diesen zu geschehen hat. Sie wird aber umgekehrt auch anerkennen, daß das menschliche Streiten und Leiden des Staates und der Soldaten dieses Staates indirekt auch für sie geschieht.

In diesem Sinne habe ich den gesperrten Satz meines Briefes geschrieben. Von einer „Identifizierung“ zwischen dem Streiten und Leiden der Kirche und dem des Staates ist in diesem Satz keine Rede. Es sollte aber auch nicht übersehen werden dürfen, daß es zwischen dem Streiten und Leiden der Kirche und dem des Staates dann eine Gemeinsamkeit gibt, wenn der Staat als rechter Staat für die Ordnung gegen eine blinde Dynamik und für die Freiheit gegen eine brutale Tyrannei einzutreten hat. Dann hat die Kirche sich nicht von ihm zu distanzieren, sondern solidarisch neben ihm zu treten. Der Satz vom tschechischen Soldaten meint in konkreter Anwendung sehr schlicht das, was 1. Tim. 2, 1—3, als Grund des christlichen Gebetes für die Obrigkeit angegeben ist: „auf daß wir ein ruhiges und stilles Leben führen mögen in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit“. Eben dazu ist der rechte Staat da. Und eben dazu muß es leider, solange es Ordnungsbrecher und Freiheitszerstörer gibt, auch Soldaten und dann wahrlich auch ein christliches Lob des Soldaten geben.

Getäuscht habe ich mich am 19. September nur darin, daß ich die Widerstandskraft sowohl der Tschechoslowakei als der anderen europäischen Ordnungs- und Freiheitsstaaten und auch die Einsicht der europäischen Kirchen damals überschätzt habe. Prag ist nicht fest geblieben und London und Paris sind nicht wieder fest geworden. Und die Kirche hat, mehr mit der Frage nach dem Frieden überhaupt, als, wie es sich gehörte, mit der Frage nach dem rechten Frieden beschäftigt, nichts dazu zu sagen gehabt. Wir werden alle dafür bezahlen müssen, daß jene Widerstandskraft nicht größer gewesen ist, daß die Regierungen, die Völker und die Kirchen sich in der Weise haben bluffen lassen, wie es vor und nach dem 30. September geschehen ist.

Basel, den 26. Oktober 1938.

sig. Karl Barth.“

### III.

„Basel, den 24. Oktober 1938.

Die Kirche muß darum beten und darum muß sie auch dafür arbeiten, daß der Staat nach innen und außen ein rechter Staat sei. Zum rechten Staat gehört auch das, daß er den Frieden schützt; aber eben schützt, und zwar den Frieden, der der Gerechtigkeit und der Freiheit dient und in Gerechtigkeit und Freiheit zustande kommt. Nur in diesem Frieden kann ja auch das Evangelium verkündigt werden. In jedem anderen Frieden wird das Evangelium der Unterdrückung oder dem Gespött verfallen. Die Kirche kann das dulden, wenn es so

### Auslegung der aus der Heiligen Schrift entnommenen Grundsätze

handelt. Diese Verschiedenheit liegt schon im Wesen der Sache begründet. Wenn wir das in der Heiligen Schrift geoffenbarte Wort Gottes auf das Handeln im Raume der Politik anwenden wollen, so ist es nicht zu umgehen, daß wir das allein im Glaubensgehorsam erfahbare Gebot Gottes auf ein Gebiet von Fragen anwenden müssen, bei deren Beantwortung wir unsere persönliche politische Ueberzeugung nicht ausschalten können. Das Licht der Erkenntnis des göttlichen Gebotes bricht sich dann in dem mehr oder minder trüben Kristall unserer politischen Beurteilung. Jeder Ausleger steht darum in der ständigen Gefahr, das göttliche Gebot unter den Maßstab seiner politischen Werturteile zu stellen.

Wir unsererseits geben zu, daß wir dieser Gefahr oft verfallen sind. Allerdings haben wir, wo es sich um politische Fragen handelte, nicht den Anspruch erhoben, im Namen der Kirche zu reden. Und da trotzdem unsere Amtstätigkeit von gewisser Seite damit verdächtigt wurde, daß man uns im Raum der Kirche Gleichschaltung von unserer persönlichen politischen Ueberzeugung mit dem Worte Gottes untergeschob, sahen wir uns schon vor zwei Monaten genötigt, auf Ende des Jahres von unserer Mitarbeit an der „Freitagszeitung“ zurückzutreten und auf die volle Inanspruchnahme unserer persönlichen Freiheiten und Rechte, die wir als Bürger der schweizerischen Demokratie besitzen, zugunsten unseres Dienstes in der Kirche zu verzichten.

Die Fragen, die wir an Prof. Barth in unserer letzten Nummer richteten, zeigen nun in beispielhafter Weise die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen jeder Ausleger der Heiligen Schrift zu ringen hat, der sich der Verpflichtung zum Glaubensgehorsam bewußt ist.

Wir weisen zunächst auf den von Herrn Prof. Barth in seinem an Prof. Hromadka gerichteten Brief unterstrichenen Satz hin:

„Jeder tschechische Soldat, der dann streitet und leidet, wird es auch für uns — und, ich sage es heute ohne Vorbehalt: er wird es auch für die Kirche Jesu Christi tun, die in dem Dunstkreis der Hitler und Mussolini nur entweder der Lächerlichkeit oder der Ausrottung verfallen kann.“

In seinen Erläuterungen zu diesem Satz erklärt Prof. Barth zunächst, daß die Kirche „nur geistlich streiten und leiden“ dürfe. Er verwahrt sich auch dagegen, daß in diesem Satz eine „Identifizierung“ zwischen dem Streiten und Leiden der Kirche und dem des Staates gemeint sei. Dann aber sagt er:

„Es sollte aber auch nicht übersehen werden dürfen, daß es zwischen dem Streiten und Leiden der Kirche und dem des Staates dann eine Gemeinsamkeit (vom Verfasser gesperrt) gibt, wenn der Staat als rechter Staat für die Ordnung gegen eine blinde Dynamik und für die Freiheit gegen eine brutale Tyrannei einzutreten hat.“

Wie ist dieser Satz im Konkreten gemeint? Wer ist „der rechte Staat“, der für „Ordnung und Freiheit“ eintritt? Prof. Barth sagt:

„Getäuscht habe ich mich am 19. September nur darin, daß ich die Widerstandskraft sowohl der Tschechoslowakei als der anderen europäischen Ordnungs- und Freiheitsstaaten und auch die Einsicht der europäischen Kirchen damals überschätzt habe.“

Welche „anderen“ Staaten sind Ordnungs- und Freiheitsstaaten? Vermutlich Frankreich und England? Dann kommt das Gegenbeispiel zu diesen lobenswerten Ordnungs- und Freiheitsstaaten:

taufe  
nende  
linge  
nicht  
B  
und  
f  
lione  
gründ  
Diese  
zusam  
nu  
Si  
fa  
sa  
tur  
M  
die M  
D  
Staat  
ihrer  
wir d  
folgun  
wird  
schlag  
G  
eine  
und i  
Barth  
diese  
politif  
Ge  
unerh  
Barth  
zu, zu  
weithi  
Kirche  
nung  
Barth  
Al  
ment  
Schlag  
verlan  
Gehor  
solen  
chen u  
rottun  
Wachs  
Raum  
gehend  
Wo  
der im  
Friedr  
Kantoi  
Apofto

„Die Diktatur ist das ausgesprochene Regiment der bewußten und planvollen Ungerechtigkeit und Unfreiheit. Die Diktatur ist als solche die Bedrohung des rechten Friedens.“

Wenn Prof. Karl Barth hier sein persönliches politisches Urteil aussprechen würde, so hätten wir uns nicht mit ihm als theologischem Lehrer der Kirche weiter auseinanderzusetzen. Wir räumen ein, daß auch der Theologieprofessor neben der Autorität, die er als Ausleger des göttlichen Wortes beanspruchen kann, auch noch seine politische Ueberzeugung und Weltanschauung haben darf. Und wir würden uns weiter nicht mehr mit Prof. Barth auseinandersetzen, wenn er, wie es Calvin getan hat, seine persönliche Vorliebe für eine bestimmte Staatsform von der Amtstätigkeit des Auslegers der heiligen Schrift auseinanderhalten würde.

Uns scheint jedoch, daß dies bei Herrn Prof. Barth nicht der Fall sei, wenn er erklärt:

„Der Satz vom tschechischen Soldaten meint in konkreter Anwendung sehr sichtlich das, was 1. Tim. 2, 1—3, als Grund des christlichen Gebetes für die Obrigkeit angegeben ist: „auf daß wir ein ruhiges und stilles Leben führen mögen in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit.“ Eben dazu ist der rechte Staat da.“

Hier spricht Prof. Barth als Ausleger der heiligen Schrift. Für dieses Amt des Auslegers hat keiner der heutigen Theologen mit einem solchen Ernst und so fruchtbar Sachlichkeit verlangt, wie er selbst. Wie verhält es sich aber nun mit der von Prof. Barth geforderten

**Sachlichkeit**

in der Auslegung der heiligen Schrift bei seiner Anwendung der Stelle 1. Tim. 2, 1—3, auf die tschechoslowakische Frage?

Prof. Barth hat in dem Brief an Prof. Hromádka in jenen entscheidenden Tagen, als Deutschland brutal mit dem bewaffneten Ueberfall drohte, zum äußersten Widerstand der tschechoslowakischen Regierung aufgerufen. Wäre dieser kategorische Rat befolgt worden, so hätte nach aller menschlichen Voraussicht Europa ein Blutbad erleben müssen, wie es überhaupt noch nie vorgekommen ist, und die Tschechoslowakei wäre wohl, nach einem Auspruch des französischen Außenministers Bonnet, den er bei Anlaß des Kongresses der radikalen Partei in Marseille in den letzten Tagen getan hat, in wenigen Tagen vernichtet gewesen.

Für die Regierung der Tschechoslowakei mußte sich aber auch die Frage stellen, ob sie wirklich für „Freiheit und Ordnung“ kämpfe, wenn sie diesen Opfergang für die weitere Beherrschung von 3½ Millionen Deutschen fordere. Wenn nun aber ein gläubiger tschechischer Christ gesagt hätte: „Wir haben den Subetendeutschen das Versprechen der Autonomie nicht gehalten, wir haben ihnen die Freiheit im Gebrauch ihrer Sprache und ihres Selbstbestimmungsrechtes weitgehend vorenthalten, und ich beuge mich nun vor Gottes Gericht, das uns unser Unrecht dreimal heimzahlt; darum ginge es gegen mein christliches Gewissen, unser Volk um der Subetendeutschen willen in Feuer und Gift zu stoßen, und ich schaudere vor Gott und Menschen davor zurück, aus unserem Land ein Leichenfeld mit Hunderttausenden von Kriegswaisen zu machen“ — hätte man ihm dann wirklich antworten dürfen: Gestützt auf 1. Tim. 2, 1—3: „auf daß wir ein ruhiges und stilles Leben führen mögen in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit“, erkläre ich dir „sehr sichtlich“ als Lehrer der Kirche: Ihr habt den äußersten Widerstand zu leisten, denn mit eurem Streiten und eurem Leiden dient ihr indirekt der Kirche Jesu Christi?

Haben wohl die Gemahlin von Chamberlain und mit ihr Zehntausende von Glaubensgenossen, die Gott um die unmöglich scheinende Verhütung des drohenden Massenmordens und das Ge-

von der Bibel im Anfang seiner Regierung gepriesen und am Schluß seiner Regierung abgelehnt, weil er in höchst liberaler und einer der heutigen Freiheit der Demokratie entsprechenden Art einer großen Auswahl von fremden Göttern hatte Tempel errichten lassen. Die heilige Schrift wendet sich weder gegen die Diktatur noch gegen die freiheitliche Regierungsform, sondern spricht sich aus gegen den Abfall von Gott und für den gläubigen Gehorsam gegen Gott, unter welchem Regierungssystem die Menschen sich auch immer befinden.

Unzweifelhaft zählt Prof. Dr. Barth zu den Freiheits- und Ordnungsstaaten auch Frankreich. Wenn er als Schweizerbürger, wie wir, die Freiheit der französischen Regierungsform aus politischen Gründen grundsätzlich hoch über jede Diktatur stellt, so freuen wir uns darüber. Wenn er jedoch als Verkündigung der Kirche behauptet, die Kirche hätte solidarisch neben solche „rechte Staaten“ zu treten, so verfällt er im Grunde genommen genau der gleichen unfruchtbaren und zerstörenden Gleichschaltung, der auch die Deutschen Christen verfallen sind. Hat nicht die französische Regierung im Elsaß einen Vernichtungskampf gegen die dort noch übrig bleibenden christlichen Schulen geführt? War das „Ordnung und Freiheit“, wenn in Frankreich unter dem kommunistischen Terror gegen den Willen der Mehrheit der Arbeiter ein Streit nach dem anderen entfesselt wurde? Warum sollte die Dämonie der französischen Volksfront, wo unter dem Mantel der Freiheit ein verborgener Klügel die Drähte zog, um so vieles besser sein als die offene Diktatur und die Dämonie der nationalsozialistischen Weltanschauung in Deutschland?

Prof. Karl Barth zeigt in seinen politischen Gedankengängen und seiner Terminologie eine seltsam nahe Verwandtschaft mit den Volksfrontblättern vom Schlege der Basler „Nationalzeitung“ und der Pariser linkssozialistischen und kommunistischen Presse. Sie Demokratie — hie Freiheit, Ordnung und Gerechtigkeit. Sie Diktatur — hie barbarische Justiz usw. Wir würden uns weiter nicht darüber aufhalten, wenn Prof. Barth es nur als einer der vielen und allzuvielen aus dem Gewalthaufen der heutigen Volksfrontströmung als politischer Bürger tun würde. Immerhin würden wir ihn auch dann fragen müssen: „Was ist barbarischer: Die heutige Gewalttätigkeit und Willkür, die oft in der deutschen Justiz vorkommt, oder die Justiz jener Leute, die statt des Münchener Friedens lieber ganz Europa zerfleischt sähen — nur weil der Friede von München von vier Männern statt von einer internationalen Kommission geschlossen wurde?“ Aber wir müssen dagegen auf-treten, daß er seine politische Weltanschauung zugleich mit der Auslegung des göttlichen Gebotes verquitt.

Dies ist gerade von der Kirche aus um so tiefer zu bedauern, als nun ausgerechnet der Mann, der gegen die Vermengung von staatlicher Weltanschauung und kirchlicher Lehre so heldenhaft aufgetreten ist und der

**deutschen Kirche**

damals im Kampfe den Weg gewiesen hat, nun dem verschwindenden Rest jener Christen in Deutschland, die in diesen Fragen noch auf ihn hören, einen Irrweg weist.

Wie leicht auch ein bedeutender Theologe seine politischen Werturteile ändern kann, beweist uns niemand eindrucksvoller als Prof. Barth selbst:

Noch Ende Juni 1933, beim Beginn des Kirchenkampfes, hat Prof. Barth in seiner Schrift: „Theologische Existenz heute“ (1933) auf Seite 17 erklärt:

„Wirkliche Führung — man wird diesen Begriff von dem der Regierung oder Zeitung doch wohl unterscheiden müssen —

tember 1938. Nachher erlischt der Anspruch auf Anerkennung von Prüfung und Studium sowie vor allem auch auf die Wahlfähigkeit. Wir haben damals der Meinung Ausdruck gegeben, daß dieser Erlaß der kirchlichen Oberbehörde von großer Tragweite und für die bekennende Kirche eine Gelegenheit sei, sich in das Ganze der Kirche einzugliedern und ihre Bekenntnistreue und bewährte Bekenntnisfestigkeit dort wirksam werden zu lassen. Irgend ein Verleugnen des Bekenntnisses ist dabei sicher nicht gefordert worden, sondern lediglich die Wiedereinfügung in die zu Recht bestehende kirchenrechtliche Ordnung und damit die Beseitigung eines doch der Kirche nur schadenden Wirrwarrs.

Die Bekanntmachungen des Oberkirchenrates sind mehrmals wiederholt und in persönlichen Besprechungen mit den Betroffenen die Bedeutung derselben abgeklärt worden. Die kirchlichen Behörden haben durch Einzelmitteilungen schriftlich die in Frage kommenden Kandidaten begrüßt.

Und das Resultat? Es ist bekannt geworden, daß nur ganz wenige Kandidaten von der Möglichkeit zum Eintritt in den landeskirchlichen Dienst Gebrauch gemacht haben. Es wurde sogar die Losung ausgegeben: „Wer zum Konsistorium geht, steht unter dem Hahnenschrei“ (d. h. der Verleugnung des Petrus). Jene verhängnisvolle Verquickung von Bekennen und Zeugen aus Glauben mit kirchenpolitischer Entscheidung, die ja immer durch den deutschen Kirchenkampf ging, findet also immer noch ihre Opfer.

Andererseits aber haben die betroffenen Kandidaten — es geht doch auch um die Existenzfrage — versucht, das gänzliche Abbrechen aller Brücken zur landeskirchlichen Ordnung doch hinausschieben zu können. Sie haben ihre Personalakten mit den Studien- und Prüfungsausweisen an die Oberbehörde geleitet. Das entspricht nicht ganz dem durch die amtlichen Verordnungen vorgeschriebenen Weg. Trotzdem aber hofft man auf Entgegenkommen des Konsistoriums, bedeutet dieser Schritt der Kandidaten doch in einer gewissen Beziehung eine Anerkennung des landeskirchlichen Kirchenregimentes.

Man kann sich denken, daß all diesen Entscheidungen harte innere Kämpfe vorangegangen sind. Man sollte jedenfalls von der Schweiz aus sich hüten, rasch ein Urteil zu fällen und diejenigen, die sich der kirchlichen Behörde gestellt haben, als dem Bekenntnis untreu tagieren. Auf der anderen Seite sollte gerade auch wieder von der Schweiz aus vermieden werden, zu sogenannter Bekenntnistreue und Standhaftigkeit aufzustacheln und die Gemüter zu verwirren, wo man bei uns ja gar nicht in dieser Situation drin ist und nur von ferne ahnen kann, welche Schwierigkeiten draußen bestehen. Wir haben den Eindruck, es gehe die Bekennende Gemeinde Deutschlands durch ein Läuterungsfeuer; der Erfolg hängt sehr davon ab, ob sie sich von in- und ausländischen Schwärmern freihalten kann.

Praktisch haben die Bruderräte der Bekenntnis-Kirche auf ihre kirchenregimentlichen Funktionen verzichtet. Denn in ihren eigenen Kreisen ist ihre Rechtsgültigkeit umstritten, in weiten Strecken ihrer früheren Gemeinden werden ihre Anordnungen nicht mehr befolgt. Insbesondere ist die Ordnung der Finanzen — in welcher die Bekenntnis-Kirche übrigens nie die Verbindung mit dem Staat und den Landeskirchen ganz gelöst hat — und die Besetzung der Pfarrstellen ganz außerhalb dem Bereich der Handlungen der Bruderräte.

Man hört von Verhandlungen zwischen den Vertretern der „Bekennenden Kirche“ und einer „landeskirchlichen Konferenz“. Es soll auf Grund eines Einigungsentwurfes ein gemeinsamer Boden gesucht werden. Die Trennungen liegen nicht im Bekenntnis, können auch nicht dort liegen, da die Landeskirchen nicht weniger bekennnistreu gemeien sind und heute noch sind. Die Scheidungen

Haben wohl die Gemahlin von Chamberlain und mit ihr Zehntausende von Glaubensgenossen, die Gott um die unmöglich scheinende Verhütung des drohenden Massenmordens und das Gelingen der Münchener Verhandlungen anflehten, Gottes Gebot nicht viel schlichter und besser verstanden?

Wenn ihnen gegenüber Prof. Karl Barth von einem Volke und schließlich von ganz Europa einen Entscheid verlangt, der Millionen von Menschen in Mord und Tränen gestürzt hätte, so begründet er ihn mit dem Gegensatz von

### Freiheitsstaat und Diktatur.

Diesen Gegensatz bringt er wiederum aufs engste mit der Kirche zusammen:

„Die Kirche Jesu Christi kann der Frage der politischen Ordnung und Freiheit in Europa nicht gleichgültig gegenüberstehen. Sie verkündigt den Totalitätsanspruch des Wortes Gottes. Sie kann diesen Anspruch im Bereich der Diktaturen nur entweder fallen lassen, oder ihn aufrecht erhalten und damit die Ausrottung durch die Diktatur auf sich ziehen.“

Auf diese Weise fordert also Prof. Barth von der Kirche aus die Ablehnung der Diktaturstaaten.

Daß sich die Kirche gegen den Totalitätsanspruch einer von der Staatsgewalt geforderten Weltanschauung auf das Glaubensleben ihrer Glieder zur Wehr setzen muß, entspricht biblischer Lehre. Weil wir dies auch im Hinblick auf Deutschland und seiner Kirchenverfolgung in jeder Nummer unseres Blattes seit Jahren betont haben, wird unsere Zeitung seit mehr als einem Jahr in Deutschland beschlagnahmt.

Eine ganz andere Frage ist aber, ob es Sache der Kirche sei, eine bestimmte Regierungsform, wie die Diktatur, zu verfechten und ihr gegenüber die Demokratie gutzuheißen. Wenn, wie Prof. Barth sagt, die Kirche sich mit keinem „Ismus“ identifiziert, so gilt diese Forderung auch gegenüber den verschiedenen Formen der politischen Gemeinschaft eines Volkes.

Gerade in der heutigen Zeit ist die Gefahr der

### Vergötterung eines Systems

unerhört groß; ihr sind die Deutschen Christen, gegen die Prof. Barth mit so klarer Erkenntnis und so großem Mute — wir geben zu, zu einer Zeit, als wir sie noch nicht erkannten — gekämpft hat, weithin erlegen. Dieser Gefahr einer Gleichschaltung der von der Kirchenlehre erhobenen Forderung nach Recht, Freiheit und Ordnung mit einem politischen System scheint nun auch Prof. Karl Barth zu erliegen.

Als sich die erste Christenheit ausbreitete und das Neue Testament schrieb, herrschte die Diktatur der römischen Kaiser vom Schlage eines Caligula, eines Claudius, eines Nero. Und trotzdem verlangten die Apostel im Glaubensgehorsam gegenüber Gott den Gehorsam gegenüber einer Obrigkeit, deren Amt von solchen Scheusalen bekleidet wurde. Sie jammerten nicht darüber, daß ihre Kirchen unter einem solchen System „der Lächerlichkeit oder der Ausrottung verfallen“ müßten, sondern glaubten an das gewaltige Wachstum des Himmelreiches, das unter jedem Regierungssystem Raum finden kann, auch wenn die christlichen Bekenner vorübergehend in die Katafomben getrieben werden.

War es nicht die demokratische Staatsform in Hochkultur, unter der im Jahre 1839 die Zürcher Regierung der Kirche einen David Friedrich Strauß aufzwang und unter der einige Jahre später im Ranton Thurgau Pfarrer vertrieben wurden, weil sie nicht vom Apostolikum lassen wollten? Die Diktatur des Königs Salomo wird

auf Seite 17 erklärt:

„Wirkliche Führung. — man wird diesen Begriff von dem der Regierung oder Leitung doch wohl unterscheiden müssen — kann auf allen Gebieten, wo sie in Betracht kommt, sicher nur als Ereignis wirklich sein. Wenn der Mann da ist, der faktisch führt, dann ist er eben der Führer. Auch ich denke jetzt an Adolf Hitler.“ (Sperrungen von Prof. Barth.)

Nach seiner Vertreibung aus Deutschland, die seiner bekenntnistreuen Haltung, aber auch einer gewissen Verquickung von politischer Weltanschauung und kirchlicher Lehre zuzuschreiben war, pflegte er das Wort Führer aus der sicheren Schweiz in Anführungszeichen zu setzen.

Was sollen die bekenntnistreuen Christen in Deutschland davon halten, wenn Prof. Karl Barth, ihr einstiger Lehrer, zur Auslegung des heiligen Evangeliums die Schlagworte der schweizerischen und der französischen Volksfront benützt und sie nicht nur zum Kampf um die Freiheit ihrer Kirche, sondern auch zum politischen Aufruhr gegenüber der ihnen verordneten Obrigkeit aufruft?

So wird heute tragischerweise Prof. Karl Barth an der Verfolgung der deutschen Kirche gegen seinen eigenen Willen mitschuldig, wenn bekennende Christen in Deutschland unschuldig unter den Verdacht staatsgefährlicher Umtriebe geraten.

Die zunehmende Gleichschaltung von politischer Weltanschauung und Gottes Gebot muß aber auch, wenn ihr nicht beizeiten gesteuert wird, in unserer schweizerischen Kirche die verheerendsten Folgen haben.

### Gerade die schweizerische Theologie

wäre berufen, den Hoheitsanspruch des göttlichen Gebotes quer durch alle Fragestellungen und Schlagworte dieser Welt hindurch in der Verkündigung einer neuen Sozialethik zu bekennen und damit fruchtbar auf das heute unter der Dämonie der Systeme seufzende Europa einzuwirken. Denn nichts ist produktiver als der Gehorsam gegenüber Gottes Wort, das aller menschlichen Systeme spottet. Nichts ist verheerender für die Kirche als eine Gleichschaltung mit irgendeinem System, sei es politischer oder wirtschaftlicher Art.

Dies gilt vor allem auch für unsere schweizerische Kirche und unsere schweizerische Demokratie.

H. von der Crone. Rud. Grob.

## Kirchliche Rundschau.

Die unwälzenden politischen Ereignisse haben die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für einige Zeit von

### dem deutschen Kirchentampf

abgelenkt. Das heißt aber nicht, daß die Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen evangelischen Kirche selbst und denjenigen mit dem nationalsozialistischen Regime zur Ruhe gekommen seien. Wie könnten sie auch zur Ruhe kommen, solange z. B. ein Mann wie Pfr. Niemöller immer noch in der Haft sitzt? Aber auch die innerkirchliche Situation ist nach wie vor wenig abgeklärt. Wir haben früher mitgeteilt, wie z. B. in Bessingen Theologiestudenten und Kandidaten, die zur Bekenntniskirche gehören und sich dort haben ausbilden und z. T. prüfen lassen, ein Termin gesetzt worden ist, bis zu welchem sie sich bei ihrer kirchlichen Oberbehörde melden könnten, um die kirchliche Anerkennung ihres Studiums und ihrer Prüfungen zu erreichen. Das festgesetzte Datum war der 30. Sep-

auf Grund eines Einigungsentwurfes ein gemeinsamer Boden gesucht werden. Die Trennungen liegen nicht im Bekenntnis, können auch nicht dort liegen, da die Landeskirchen nicht weniger bekenntnistreu gewesen sind und heute noch sind. Die Scheidungen sind kirchenpolitischer Art, was man wohl auch bei uns genau beachten dürfte. Insbesondere ist ein Stein des Anstoßes das Verhältnis zu den

### „Deutschen Christen“.

Darüber zuerst zwei bemerkenswerte Ereignisse: In der hannoverschen Landeskirche haben sich die „Deutschen Christen“ über mangelnde kirchliche Versorgung beklagt. Die Kirchenleitung hat eine Nothilfe getroffen: Dort, wo ein größerer Kreis Verlangen nach deutschchristlichen Gottesdiensten hat, sollen solche zugelassen und dafür Pfarrer angestellt und besoldet werden, wenn solche zu finden sind. Die Kirchenleitung anerkennt damit in keiner Weise das „Deutschchristliche Bekenntnis“. Wohl aber wagt sie den Versuch, eine vorläufig etwas abseits stehende kirchliche Minderheit dem Ganzen der Kirche zu erhalten in der Hoffnung, daß früher oder später dieselbe durch Annäherung an Lehre und Leben der Landeskirche wieder in sie aufgehen könne. Die extremen, nationalkirchlichen „Deutschen Christen“ haben dieses Angebot ausgeschlagen, sie trachten nach dem Kirchenregiment. Mit dieser Absage schließen sie sich selbst aus der Kirche aus.

Man hüte sich auch hier wieder von der bekenntnislosen Schweiz aus, das Vorgehen einer landeskirchlichen Leitung als Preisgabe des Bekenntnisses zu tagieren. Es ist nicht zu verkennen, daß von jeher und auch jetzt wieder in den Landeskirchen ein starkes Verantwortungsgefühl für das mit starken Spannungen geladene Ganze der Kirche lebt, das nicht aufgegeben wird, solange das Bekenntnis gewahrt bleibt und daß dort eine entschlossene Ablehnung aller freikirchlichen Bestrebungen vorhanden ist.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist das andere Ereignis zu erwähnen: Im Oktober hat in Berlin je eine Zusammenkunft der mit der deutschchristlichen Thüringer Bewegung in Verbindung stehenden Kirchen und Kreise und der leitenden Amtsträger der Landeskirchen Altpreußische Union, Baden, Bayern, Braunschweig, Hannover (reformiert und lutheranisch), Hamburg, Kurhessen-Waldeck, Lippe-Deimold, Schaumburg-Lippe und Württemberg stattgefunden. Beide Konferenzen hatten die Regelung der kirchlichen Minderheitenfrage zu ihrem Verhandlungsgegenstand, also um das Problem, ob und wie weit diejenigen Gruppen in den Landeskirchen, die den gegenwärtigen Leitungen sich nicht glauben unterziehen zu können, wieder in die Gemeinschaft der Kirche eingeschaltet werden könnten. Genaue Einzelheiten über die Verhandlungsergebnisse sind noch nicht bekannt.

Man spricht aber davon, daß als ein Ausweg das sogenannte

### Simultaneum

angesehen wird, d. h. die vorläufige Belassung der verschiedenen kirchenpolitischen Gruppen mit Anteil an kirchlichen Rechten. Die zuverlässigen Träger des Ganzen sind und bleiben die Landeskirchen.

Man sei auch hier wieder vorsichtig im Urteil über diese Dinge von der Schweiz aus. Denn das Simultaneum ist mit gewissen Abänderungen die kirchenpolitische Lage unserer Landeskirchen. Es ist bei uns auch heute noch so, daß bei Pfarrer- und Kirchenpflegerwahlen kirchliche und politische Gruppen und Parteien Anspruch auf Sitz und Vertretung erheben. Und es wird ihnen (sogar immer noch den Berirertern des „freien“ Christentums) weithin Recht gegeben, wenn auch da und dort die Unhaltbarkeit dieses Zustandes anerkannt und nach Abhilfe gerufen wird. Vielleicht muß die